

# Krafsauer Zeitung.

Nr. 233.

Donnerstag den 12. October

1865.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verfrachtung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierpaltige Petitzeile 5 Kr., im Anzeigenblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserate-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. October d. J. begonnene neue Quartal der

## „Krafsauer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1865 beträgt für Krafsau 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postzusendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krafsau mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Kr. berechnet.

## Amtlicher Theil.

Nr. 10.455/pr.

Am 29. v. M. brach in den Abendstunden in einem Hause des Ringplatzes in Niemirow Feuer aus, welches von einem heftigen Winde genährt, sich mit rasender Eile den benachbarten Häusern mittheilte. Bald stand ein großer Theil des genannten Bezirks in Flammen, welchen umföweniger Schranken gelegt werden konnte, als die Israeliten beim Ausbruch des Feuers in der Synagoge versammelt waren und eine allgemeine Bestürzung sich der Gemüther bemächtigte.

62 israelitische und 22 Christen gehörige Wohnhäuser nebst 20 Scheuern und Stallungen liegen in Mische. Das Bezirks- und Steueramtsgebäude sind ein Raub der Flammen geworden, das Dach der lateinischen Pfarrkirche ist abgebrannt. Der ermittelte Schaden an Gebäuden, Effecten, Vorräthen und Waaren beziffert sich auf 101.400 fl. österr. W.

Hunderte von Familien sind obdachlos geworden und leben mit Bangen der heranabenden rauhen Jahreszeit entgegen. Das Gland ist um so größer, als selbst die wenigen aus den brennenden Häusern geretteten Habseligkeiten auf dem Ringplatz, woselbst sie deponirt wurden, Feuer fingen und gänzlich vernichtet wurden.

Die trostlose Lage der Verunglückten bestimmt mich, die im laufenden Jahre leider nur zu oft in Anspruch genommene Mildthätigkeit der Landesbehörden zur Vinderung des Glands neuerlich in Anspruch zu nehmen, indem ich eine Sammlung milder Gaben zu Gunsten der Niemirower Abbrändler im ganzen Lande ausbreite.

Die Beiträge werden bei sämtlichen Kreisvorstehern und Bezirksämtern des Landes, dann bei den Magistraten der Städte Lemberg und Krafsau entgegengenommen.

Lemberg, am 8. October 1865.

Der k. k. Statthalter:

Freiherr v. Baumgarten m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 21. August d. J. den Demoprost des erzbischöflichen Capitels von Udine Nicolo Conte Frangipane zum Bischof von Concordia allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. October d. J. dem Gendarm Mathias Zwach des 5. Gendarmeregiments, in Anerkennung der mit eigener Lebensgefahr bewirkten Rettung eines Knaben vom Tode des Ertrinkens das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. October d. J. dem Anton Gesty die Aufnahme des ihm verliehenen Postens eines kaiserlich preussischen Viceconsuls in Bezug zu gestalten und dem bezüglichen Bestallungsdiplom das Allerhöchste Gequatur allergnädigst zu ertheilen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 29. September d. J. dem Oberamtscontroller des Wiener Hauptzollamtes Heinrich Winter in Anerkennung seiner belobten Verdienstlichkeit das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. October d. J. dem kaiserlichen Guro S. für die mit Gefährdung des eigenen Lebens bewirkte Rettung eines Knaben vom Tode des Ertrinkens das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

## Veränderungen in der k. k. Armee.

### Ernennungen:

Der bei der Generalmoutursinspektion zugetheilte Oberlieutenant Ferdinand Neumann, der Moutursbranche, zum Vorstand der 13. Abtheilung des Kriegsministeriums;

der Major Franz Marx, des Artillerieregiments Litvold Prinz von Baiern Nr. 7, zum Commandanten des Brückenpostens zu Vörsdorf.

### Verleihung:

Dem Major Alois Gallardi, des Infanterie, der Oberlieutenantcharakter ad honores.

### Pensionirung:

Der beim 6. Armecorps zugetheilte Feldmarschalllieutenant Anton Freiherr v. Bils auf seine Bitte in den zeitlichen Ruhestand.

Das Staatsministerium hat im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Centralstellen die Errichtung einer Actiengesellschaft zum Betriebe der Zuckerfabrik in Kufena genehmigt und die Statuten dieser Actiengesellschaft bestätigt.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 12. October.

\* Herr! bewahre mich vor meinen Freunden! Zu dieser oder einer andern mehr gepfefferten Aeußerung würden sicher die in Olmütz u. a. d. D. der kaiserlichen Gnade harrenden Polen sich hingeworfen sehen, käme ihnen der Artikel zu Gesicht, mit welchem der „Dien. pozn.“ als Anwalt für die allgemeine Amnestie auftritt. Nicht ohne Gefühl der Dankbarkeit nehme auch er diesen Gnadenact auf und erwarte, wie der „Gaz.“, daß diese Wohlthat sich bald auf alle Gefangenen erstrecken werde; aber eben weil er in diesem Anfang nur das Symptom der Umkehr in der „Politik der Verfolgung“ erblicken könne, müsse er diese „Ökonomie in der Gnade“ bedauern, da der politische Vortheil für die Regierung durch die „ängstliche Zumeßung“ zum großen Theil verloren gehe. Würde der Monarch ohne Rückhalt dem Zuge seines Herzens folgen, so wäre er des wärmsten Beifalls nicht nur von Seite des Landes, sondern auch Europa's sicher. Vielleicht zum erstenmale seit der Theilung Polens seien die Interessen des polnischen Elements in Galizien mit denen der Beherrscher identisch. Kann man es daher, fragt der „Dziennik“, eine kluge Politik nennen, wenn man etwa bloß „aus Artigkeit für eine andere Macht“ gegen die galizischen Polen noch immer die Rolle des „Verfolgers“ spielt und mit „Gnadenacten in das helle Tageslicht zu treten sich scheut“? Der „Dz.“ hofft mit Zuversicht, daß die Hand, die jüngst einige Kerker geöffnet, das edle Werk vollenden werde. Auf dieses merkwürdige Elaborat müssen wir erwidern: Die kaiserliche Regierung übt keine Politik der Verfolgung, sondern Gerechtigkeit. Die Handhabung des Gesetzes nimmt ihren Verlauf ohne Commando von Seiten der Regierung, ein unabhängiger Richterstand spricht seine Urtheile nach dem Buchstaben des geschriebenen Rechtes unbeirrt und unbeirrbar durch fremden Einfluß, wir kennen in Oesterreich keine Cabinetsjustiz. Sene, welche sich gegen die staatliche Ordnung vergehen, müssen das beleidigte Rechtsgesetz der Gesamtheit versöhnen, subjective Ansichten der Verbrecher, ihnen zur Seite stehende Sympathien können und dürfen nichts an der objectiven Auffassung ändern, welche das Gesetz aufstellt, soll anders der Zustand der Rechtsicherheit nicht gefährdet, der Bau der socialen Ordnung nicht aus den Fugen gehen. Der Feind des Rechtslebens im Staate muß die Folgen seiner Handlungen tragen, die Bestrafung derselben ist nicht bloß ein Recht, sie ist eine Pflicht des Staates; die strafgerichtliche Verfolgung basiert auf Rechtsgründen, eine Politik der Verfolgung läßt sich nur durch Zweckmäßigkeitsgründe leiten und läßt heute ungefragt was sie morgen mit dem Interdict belegt, die Gerechtigkeit geht ihren unumwandelbaren Gang ohne Haß, ohne Gehässigkeit, sie handelt nach immer gleich bleibenden Principien. Schon seit Monaten, schon vor dem 20. September, ist eine Reihe von Amnestirungen erfolgt; die „Politik der Umkehr“ datirt also nicht erst vom Tage des kaiserlichen Manifestes; daß eine Anzahl solcher Gnadenacte erst nach dem 20. September erfolgten, berechtigt noch nicht zu dem Schluß, daß hierbei andere Erwägungen maßgebend waren, als der so rege Wunsch, Milde zu üben. Von der Bühne eines durch die Regierung begangenen Unrechtes kann nicht die Rede sein. Keiner der verhafteten Polen ist ohne Richterpruch seiner Freiheit beraubt, bei keinem existirt sich das Maß der „Verfolgung“ über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus, keiner ist das Opfer der Willkür, einer Politik der Verfolgung. Allerdings vermag, ist der Strenge des Gesetzes Genüge gethan, die väterliche Milde des Monarchen nachsicht zu üben und Verzeihung zu ertheilen, und das ist geschehen, geschehen im reichsten Maß und Niemand vermag ohne den Vorwurf der Undankbarkeit auf sich zu laden, die Behauptung aufzustellen, daß mit der Allerhöchsten Gnade gefahrt wurde; zahllos sind die Fälle der Begnadigung (unter den seither Amnestirten sind einige, welchen die Allerhöchste Gnade wiederholt zu Theil geworden ist) und zweifelsohne wird die unerschöpfliche Milde des Monarchen noch anderen der auf Vergebung Hoffenden und sie Erlebenden zu Theil werden; die schmerzliche Ueberzeugung, daß Alles, was seither geschehen, für nichts geachtet, der ungerechte Vorwurf, die Gnade werde ökonomisch, ängstlich zugemessen, wird auf die hochherzigen Entschlüsse des Monarchen sicher ohne Wirkung bleiben. Es gibt auch ein Märtyrthum der Wohlthätig-

keit, die um so strahlender dasteht, je schwärzer der Andank, dem sie bezeuget. Wir müssen aber unterscheiden zwischen einer Gnade für Alle und zwischen einer allgemeinen Gnade, zwischen einer Gnade, die sich den Bitten der Einzelnen erschließt und einer Gnade, die Allen zu Theil werden soll, selbst denen, die nicht darum bitten wollen, ja die Fürsprache ihrer Familien desavouiren. Zu einer Amnestie in Pausch und Bogen ist, wie wir dies schon hervorgehoben haben, keine Veranlassung vorhanden, sie wäre gleichbedeutend mit dem Geständniß, man habe mit Uebereilung, unter dem Druck und Einfluß einer falschen Auffassung gehandelt, man habe auf einem imaginären Rechtsboden fußend den Opfern einer ephemeren Anschauung Unrecht gethan. Die Urtheilssprüche sind streng nach Recht und Gerechtigkeit erfolgt, keine fremde Rücksicht, geschweige bloße Artigkeit gegen eine fremde Macht war hier maßgebend, die Regierung war lediglich durch die Pflicht der Handhabung der Gesetze und wie wir leider hinzufügen müssen, durch die Pflicht der Selbsterhaltung geleitet. Die allgemeine Amnestie wird für eine Anzahl von Personen nicht ertheilt, sondern gefordert, welche wegen Hochverrathes verurtheilt sind, denen Verbindungen zum Zweck der Losreißung Galiziens rechtlich nachgewiesen sind. Die polnischen Mäpfer haben kein Wort der Begütigung, der Entschuldigung, nur Worte des Trostes und einer unberechtigten Selbstüberhebung, sie pochen auf einen Zustand der Dinge, der nirgends außer in ihren Träumereien besteht, auf eine Strömung, deren Richtung durchaus nicht erkennbar, auf eine Berechtigung, die überall nicht nachweisbar ist, auf vage Formeln ohne Sinn und Bedeutung. Was ist denn eigentlich gesagt mit dem Argument des „Dien. pozn.“, daß die Interessen Galiziens identisch sind mit denen der österreichischen Regierung. Diese will in ihrer nationalen Entwicklung ungehemmt Völkern einträchtig zusammenwirken sehen zum Geheihen der Gesamtheit, als starke Glieder eines gesunden Körpers, sie achtet die wohlverordneten Rechte, das wohlverstandene Interesse der einzelnen Glieder der großen Völkersfamilie des Staates und verlangt nur Unterordnung der nationalen Bestrebungen unter ein gemeinsames Ziel, Wahrung und Belebung des Gefühls des Zusammengehörens. Ist dies der Gedanke, den der „Dziennik Poznanski“ aus seiner Phrase herauszulesen und ermächtigt, und welchen Galiziens Bevölkerung mit der Regierung theilt, dann werden wohl die praktischen Bethätigungen desselben nicht ausbleiben; bis jetzt — seit dem 20. September ist denn doch eine allzukurze Zeit erst verflossen — war noch nichts von alledem wahrnehmbar, das Argument des „Dziennik“ ist also allzuneubegeben, um gut verdaut zu werden. Vielleicht weiß der „Dziennik“ selbst nicht, was er darunter meint und das dürfte wohl das richtigere sein, wie könnte er sonst die Begnadigung jener fordern? die, wie er sich selbst gestehen muß, gegen das gemeinsame Interesse der Regierung und Bevölkerung sich vergangen haben. Principiell jeder Politik der Versöhnung zugeneigt, wünschen wir den der Gnade des Monarchen noch nicht Theilhaftigen geschicktere Fürsprecher. Lehrt doch schon die Fabel, daß vor dem milden Strahl der Sonne der Mantel des Wanderers sinkt, in welchen er sich beim Anstürmen des Nordwindes nur um so fester hüllt.

In Berlin gibt man sich in officiösen Kreisen bereits den besten Hoffnungen über die Erfolge hin, die Bismarck in Biarritz zu erringen beabsichtigt. Wir wollen die Freude der Berliner nicht stören aber im Interesse des politischen Ernstes halten wir vorläufig weise Mäßigung noch für geboten, denn es könnte doch geschehen, daß Bismarck ebenso über den Rhein heimkehrt, wie er über denselben geflogen ist. Mittheilungen, die von einem Wiener Correspondenten der „Debatte“ zugehen, lassen dies sogar als möglich erscheinen. Einem in den Wiener diplomatischen Kreisen umlaufenden Gerüchte zufolge, soll nämlich von Seiten des Tuilerien-Cabinetes in den letzten Tagen gegenüber dem Wiener Cabinet eine Kundmachung erfolgt sein, welche darthun dürfte, daß, wenn wirklich Graf Bismarck in der Absicht nach Frankreich ging, gewisse Propositionen zu stellen, um sich für die Verfolgung seiner annexionspolitischen Pläne in den Herzogthümern die Zustimmung oder doch die Enthaltung der Tuilerien zu sichern — dieses Vorhaben als gänzlich mißglückt zu betrachten sei. Denn jener Kundgebung zufolge würde Frankreich gegenüber den deutschen Angelegenheiten insbesondere in Ansehung der schleswig-holsteinischen Frage, bei der Politik der Nichttheilnahme beharren, sich vorbehaltend, sein Interesse zu wahren, falls die definitive Lösung der letzt-erwähnten Frage dieses Interesse bedrohen sollte. Die französische Regierung hofft aber zuversichtlich, daß

nach Ueberwindung seiner inneren Krise Oesterreich in der Lage sich befinden werde, eine volle Kraft für eine solche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage einzusetzen, welche indem sie den Interessen Gesamtdeutschlands die ihnen gebührende Rücksicht zuwendet, zugleich Frankreich der Nothwendigkeit überheben würde, die Territorialfrage zu stellen, eine Lösung endlich in jenem Sinne, die durch die Gasteiner Convention durchaus nicht beseitigt wurde.

Das „Journal des Debats“ behauptet in seinem jüngsten Artikel unter Anderem, daß Territorialveränderungen in Deutschland nicht ohne Genehmigung derjenigen Mächte vor sich gehen könnten, welche die Wiener Congreßacte unterzeichnet. Um die völlige Unhaltbarkeit dieser Theorie darzutun, ist es nicht einmal nöthig, auf die Besitzveränderungen in Italien hinzuweisen, die in vollem Widerspruch mit den Festlegungen der Wiener Congreßacte sind und ohne daß der damalige König von Sardinien oder Kaiser Napoleon sich um die Unterzeichnung der Wiener Congreßacte kümmerte. Allerdings sind die 11 ersten Artikel — die sogenannten allgemeinen Bestimmungen — der Bundesacte, als Art. 63 bis 73 der Wiener Congreßacte, in diese vöthlich aufgenommen, auch bildet die Bundesacte selbst sowohl im Original, als in französischer Uebersetzung eine der Beilagen der Congreßacte. Dennoch aber steht aus diesem Grunde den europäischen Mächten kein Einmischungsrecht in Bundesangelegenheiten zu. Entscheidend hierfür ist die officielle Erklärung des Bundesstages selbst in dem Bundesbeschlusse vom 18. September 1834 (Prot. der Bundesversammlung von 1834 S. 455) auf den man bereits früher bei Besprechung der französischen und englischen Circulardepeche wegen der Gasteiner Uebereinkunft hinwies. In diesem Bundesbeschlusse wurde der damals von Frankreich und England in deren Notizen v. 30. Juni und 18. Juli versuchten Einmischung gegenüber einstimmig von der Bundesversammlung ausgesprochen, daß durch die Eingabe des Bundesvertrags in die Congreßacte den fremden Mächten, welche dieselbe unterzeichnet, kein Recht eingeräumt worden sein, die Aufrechterhaltung der in den deutschen Bundesacte sanctionirten Grundzüge zu beaufsichtigen usw. Als späterhin im Jahre 1851 es sich um die Aufnahme der außerdeutschen Länder Oesterreichs in den Bund handelte, versuchten Frankreich und England zwar wiederum in ihren dem Bundestage am 9. Februar 1851 übergebenen Notizen, sich auf Grund der Anträge von 1815 ein Zustimmungsrecht anzumachen und Protest zu erheben; dieser Protest wurde aber auch derzeit mit Hinweisung auf den oben erwähnten Bundesbeschlusse vom 17. Juli 1851 einfach als völlig unbegründet zurückgewiesen. Das „Journal des Debats“ mag somit seinen völlig unzeitigen und blinden Eifer zügeln.

Nach den „Hamb. Nachr.“ haben wir gestern gemeldet, daß in der Umgebung des Erbprinzen von Augustenburg der Gedanke angeregt worden, die Bevölkerung des geleisteten Eides zu entbinden. In Berlin glaubt man, es werde damit nur eine Erneuerung des Gelöbnisses beabsichtigt.

Die jetzt veröffentlichte Correspondenz zwischen Oesterreich und Spanien beweist, wie weit entfernt das Wiener Cabinet von einer Anerkennung selbst des status quo in Italien ist. Oesterreich ist auf solche Mittel, ein besseres Verhältniß mit dem Westen herzustellen, durchaus nicht bedacht, und alle daran geknüpften Hoffnungen oder Befürchtungen gestiegen in die Luft. Für aufmerksame Beobachter war ohnehin stets klar, wessen man sich nach dieser Seite hin bei Oesterreich zu versehen hatte. Auch die Mittelstaaten wissen es vollkommen; daher ihre unausgesetzte, an die Adresse des Wiener Cabinetes gerichtete Drohung, daß sie am Ende doch einmal Italien aufräumen könnten. Dadurch soll für einen etwaigen neuen Antrag beim Bunde, mit welchem man nach den Ferien in Frankfurt debattiren möchte, ein heilamer Druck auf die Entschlüsse der österreichischen Regierung ausgeübt werden. Als eine weitere Folge der in Wien hartnäckig festgehaltenen Doctrin bezeichnet ein Berliner Corr. der „Schleier. Stg.“, daß die Bezüge zwischen Preußen und Italien davon Vortheil ziehen. Es ist sicherlich leeres Gerede, daß das italienische Gouvernement sich den westmächtlichen Rundschriften angeschlossen habe. Man wolle dies aus einer angeblichen, augenscheinlich mißverstandenen Aeußerung Lamarmoras schließen. Als jemand tabelnd bemerkt, Italien verharre überall in einer, der neuen Großmacht wenig würdigen Haltung und es habe, um ein Beispiel anzuführen, nicht einmal gegen die Gasteiner Convention protestirt, soll der General Lamarmora erwidern: „Was wissen Sie davon?“ Mat hat es hier aber augenscheinlich, die Richtigkeit der Antwort vorausgesetzt, mit einem scherzhaften Ausweichen unbefugter Neugierde gegenüber zu thun. Trotzdem,



meint der Corr., sind die Beziehungen zwischen Preußen und Italien die besten. Siehe auch der Handelsvertrag noch nicht in so naher Aussicht, wie vielfach angenommen wird, dürfte doch Italien in nicht ferner Zeit einen neuen Beweis seines guten Willens geben.

Die „Dester. Zeitung“ schreibt über die von der „Indep.“ veröffentlichten Depeschen der spanischen Regierung in Sachen der Anerkennung Italiens Folgendes: Die Depeschen sind echt. Sie beweisen aber vor allen Dingen, wie vollständig unbegründet die Mittheilungen waren, die seinerzeit von einem Protest wissen wollten, womit Oesterreich dem Entschluß jener Regierung gegenüber die Initiative ergriffen haben sollte. Den ersten Schritt in dieser Angelegenheit that vielmehr Spanien, in der nicht erbetenen und also ohne Zweifel aus dem selbstgefühlten Bedürfnis einer Erklärung hervorgegangenen Darlegung der Erwägungen, welche das dortige Cabinet geleitet. Eine solche Darlegung war notwendig darauf berechnet, eine Antwort hervorzurufen, und diese Antwort in Form einer zur Vorlesung bestimmten, übrigens von der „Independance“ nicht publicirten — Depesche an den diesseitigen Gesandten in Madrid, machte allerdings aus dem Bedauern kein Geheim, daß Spanien die Linie derjenigen Politik verlassen, welche es sich seit her vorgezeichnet gehabt; sie formulirte aber nicht allein keinen Protest, sondern sie glaubte auch von jeder, ohnehin nutzlosen, Kritik des signalisirten Schrittes absehen zu sollen. Spanien nahm aus der Depesche Veranlassung, die Rücksichten, welche für seine Entscheidung maßgebend gewesen, noch einmal und eingehender, stellenweise nicht ohne einige Gereiztheit, zu entwickeln. Damit war aber der Schriftenwechsel beendet, denn Oesterreich seinerseits fand keinen Anlaß, sich nochmals über das Thema zu äußern.

Das „Journal des Debats“ vom 10. hatte gemeldet, daß Graf Balowski sich nächstens in einer politischen Mission nach Florenz begeben werde. Trotz der Bestimmtheit dieser Behauptung ist dieselbe, wie ein Pariser Telegramm vom 10. Abends meldet, unrichtig.

Die „Opinion nationale“ schreibt: Man spricht von dem Tode des päpstlichen Kriegsministers Mgr. Merode; wir halten diese Nachricht für unwahrscheinlich.

Man meldet der „Epoca“ aus Rom unterm 19. September, daß der König von Portugal wirklich an den Papst geschrieben hat, um denselben seine Vermittlung zwischen der Kirche und dem Könige Victor Emanuel anzubieten.

Wie erwähnt, hat das „Journal de St. Petersburg“ bei Veröffentlichung des Artikels der Londoner „Times“ vom 30. September über die Fenier bemerkt: Die Analogie ist so frappant, die Verhältnisse sind, mit dem einzigen Unterschiede des Grades und der fremden Einmischung, so identisch, daß wir die russischen Leser aufmerksam machen zu müssen glauben, daß von Irland im Jahre 1865 und nicht von Polen im Jahre 1863 die Rede ist. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ geht darin weiter, sie benutzte eine Note Lord Russell's vom 10. April 1863 über den polnischen Aufstand; sagt aber darin statt Polen Irland, statt polnisch irisch, statt russisch englisch, und läßt damit der englischen Regierung den Text über die fenische Verschwörung lesen. Die Note lautet nun so: „Excellenz! Unsere Regierung hält es für ihre Pflicht, der Regierung Ihrer Majestät der Königin von England abermals das tiefgefühlte Interesse darzulegen, welches sie gemeinsam mit dem übrigen Europa an dem Wohle des Königreichs Irland nimmt.“

Was die gegenwärtige Situation betrifft, wollen wir uns enthalten, bei den vielfachen von der englischen Regierung im Königreich Irland zur Ausführung gebrachten Maßregeln bürgerlicher, politischer und militärischer Natur, über welche die Südländer sich so laut beklagen und welche sie als die Veranlassung und ihrer Meinung nach als die Rechtfertigung ihrer Bewegung angeben, länger zu verweilen. Weit lieber würden wir die vielgewünschte Beendigung dieser bedauerlichen Unruhen ins Auge fassen.

Die Zustände, wie sie in Irland nun schon lange bestehen, sind nicht allein für England, sondern für den allgemeinen Frieden Europa's eine Quelle der Gefahr.

Wir hoffen daher aufs schnellste, es werde die englische Regierung diese Angelegenheiten so ordnen, daß dem irischen Volke der Friede wieder geschenkt und auf dauernder Grundlage gesichert werde.

Gw. Excellenz wollen die Güte haben, dem Lord Russell diese Note vorzulesen.

Die offizielle Stockholmer „Postzeitung“ beleuchtet in Aufsehen erregender Weise die Nothwendigkeit des Zusammengehens Scandinaviens, Deutschlands und Englands gegen die von Frankreich und Rußland erstrebte Machterweiterung.

Die „Patrie“ dementirt ein Gerücht, dem zufolge die Pforte mit der Ausarbeitung einer Denkschrift umgehe, die zur Mittheilung an die Mitunterzeichner des Pariser Vertrages bestimmt sein und in der angeblich von der Thronensetzung des Fürsten Cuza die Rede sein soll.

Die so lange und so vielfach ventilirte moldawalische Klostergrüterfrage soll nach Berichten, die der „G. Post.“ zugegangen sind, in ein neues Stadium getreten sein. Da die Patriarchen, wie man glaubt, auf eine von Außen her erfolgte Anregung, ihre Delegirten aus der betreffenden Commission abberufen hatten, forderte sie der englische Volschaster in einem energischen Schreiben zur Wiederbesetzung der Commission auf. Im Weigerungsfalle würde die Commission, welche an eine Rückgabe der Klostergrüter nicht denkt, und das Princip einer zu gewährenden Entschädigung bereits festgestellt habe, über die Summe dieser Entschädigung auch ohne die Mitwirkung der einen beteiligten Partei beschließen. Welchen Entschluß hierauf die Patriarchen gefaßt haben, ist noch nicht bekannt geworden.

Suad Pascha denkt, wie bereits gemeldet, jetzt Ernstes daran, den Baku, die geistlichen Einrichtungen, zu säcularisiren, um der Finanznoth des Staates in durchgreifender Weise abzuhelfen. Die Einkünfte des Baku, der nahezu zwei Drittel des gesammten Grundbesitzes umfaßt, flossen bisher lediglich in die Cassen der Moschee in Mekka und der anderen geistlichen Institute des Reiches, und außer den eigentlichen Moscheedienern wurde davon eine große Menge von Musiggängern, die sogenannten Muterwelt oder Berwalter, unterhalten. Die Staatscasse ging ganz leer aus. Man schlägt Suad Pascha vor, den Baku in Mülk zu verwandeln, d. h. den allgemeinen Steuergesetzen zu unterwerfen. Die Allesmas aber steifen sich auf den Koran und wollen von keiner Reform wissen. Auch eine dem heutigen Geldwerth entsprechende Steigerung der altherkömmlichen Abgabe soll fortanwidrig sein. Es bleibt also dem Großvezir wohl nichts weiter übrig, als ein Staatsstreik.

Daud Pascha ist nach dem Libanon abgereist. Mit demselben Dampfer, der ihn nach Beyruth gebracht, hat der General-Gouverneur von Syrien Befehl erhalten, seinen Sitz von Damaskus wieder nach Beyruth zu verlegen, was die europäischen Consulen dringend gewünscht hatten.

Der Vizekönig von Egypten hat seine durch die Eisenbahn jetzt überflüssig gewordene Flotte der türkischen Regierung und der Chirket-i-hairies-Gesellschaft käuflich angeboten und das Geschäft wird wahrscheinlich abgeschlossen werden.

Nach Berichten aus Newyork, 28. Sept., bemerkte Präsident Johnson, als der brasilianische Gesandte seine Beglaubigungsschreiben überreichte, die Befriedigung der Forderungen der Civilisation und die Freiheit der Arbeit würden zur Stärkung sämtlicher Staaten Amerikas beitragen; sämtliche Staaten müßten daher aus Pflicht der Selbsterhaltung eine vollkommen politische Gleichheit mit den übrigen Staaten anstreben; folge Brasilien diese Politik, so werde die nordamerikanische Union ihm eine warme Freundin und Genossin sein.

Wie ein Grazer Telegramm des „N. Fremdenbl.“ vom 10. d. meldet, werden die österreichischen Autonomisten nicht die Initiative zur Verständigung zwischen den liberalen Abgeordneten der diesseitigen Kärntner ergreifen, und überlassen dieselbe den Wiener Abgeordneten, Mühlfeld, Berger, welche am wirksamsten die entgegenstehenden Hindernisse beseitigen können.

Die Mitglieder der Staatschulden-Commission, schreibt die „Presse“, haben in den letzten Tagen wiederholt private Besprechungen gepflogen. Es scheint bei der Mehrzahl derselben die Ansicht zu überwiegen, daß für den Fall, als die Regierung zu dem Mittel der Ernennungen greifen sollte, diese abzulehnen seien, weil das Staatsgrundgesetz nur eine reichsräthliche Controlcommission kennt. (Wir möchten rathen, eine Bestätigung dieser Nachricht abzuwarten.)

Die Gerüchte von der bevorstehenden Ernennung des Herrn Grafen Clam-Martiniß zum Statthalter von Böhmen entbehren, wie ein Telegramm der „Debatte“ aus Prag meldet, jeder Begründung. Dieses Telegramm, bemerkt die Red. der „Debatte“, geht uns von so bewährter Seite zu, daß wir es als unbedingt glaubwürdig bezeichnen können.

Die beantragte Reform des österreichischen Consularwesens soll in folgender Weise durchgeführt werden: Das Institut der Honorar-Consulen soll aufgehoben, die Consulate sollen lediglich nur mit österreichischen Staatsangehörigen besetzt, die Consulargebühren erhöht werden. Bei den Consulaten in Sassy, Bukarest und Constantinopel sind die Kanzleiposten mit inländischen Fachjuristen zu besetzen. Die Zahl der sogenannten Unterthanen de facto in der Türkei, d. h. solcher Schutzbefohlenen, die keiner inländischen Gemeinde angehören, ist thunlichst herabzumindern.

△ Wien, 10. October. [Mannigfache Gerüchte.] In den letzten Tagen circulirten mehrfach Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt Sr. Exc. des Herrn Ministers des Aeußern, Grafen Mensdorff, womit die Wiederberufung des Grafen Rechberg zur Leitung der äußeren Angelegenheiten in Verbindung gesetzt werden wollte. Wie wir erfahren, hat Graf Mensdorff die zur Restauration seiner in der letzten Zeit durch Anhäufung der Geschäfte angegriffenen Gesundheit angetretene Baderkur vollendet, und wird nach einem kurzen Aufenthalte auf seinen Gütern in Mähren demnächst schon wieder in Wien eintreffen, um die Leitung der Geschäfte im Ministerium des Aeußern zu übernehmen. Das Gerücht von einem nahen Rücktritte des Ministers entbehrt somit aller Begründung, insbesondere scheint aber die bereits in Aussicht genommene Wiederberufung des Grafen Rechberg zur Leitung der äußeren Angelegenheiten und die daran geknüpfte Hoffnung auf eine Umkehr in den politischen Beziehungen Oesterreichs zum Auslande nur der ausschäumenden Phantasie eines politischen Müßiggängers entsprungen zu sein. — Was die Personalveränderungen in dem Bureau der obersten Preisleitung, von denen das Gerücht seit einer Zeit mit aller Bestimmtheit wissen will, betrifft, so sind wir gleichfalls in der Lage, dieselben zu dementiren, und als aus der Luft gegriffen zu erklären. In den betreffenden competenten Kreisen hat man von allen diesen nahen Aenderungen keine Kenntniß. — Die Nachricht, die in den letzten Tagen aufgetaucht ist, daß Graf Clam-Martiniß zum Statthalter in Böhmen designirt sein soll, darf gleichfalls nicht als glaubwürdig hingenommen werden, wie denn auch alle

Nachrichten über ähnliche Designationen als verflücht kommen und das alte Spiel zu beginnen. Da — gegen 10 Uhr — ließ der Stadtkommandant mit gefülltem Bayonnet den Platz säubern und die Sache schien endlich beigelegt zu sein, so daß das Militär gegen halb 11 Uhr abziehen konnte. Raum aber waren die Soldaten verschwunden, als die Menge neuerdings gegen die verschlossenen Thüre stürzte und um Herausgabe des Gensdarmen schrie und ein paar Gensdarmen tüchtig durchprügelte. Wieder kam das Militär, zahlreicher als zuvor. Einer Ansprache des Regierungs-Präsidenten und erneuerter Aufforderung zur Ruhe und den Platz zu verlassen, wurde nicht Folge geleistet; das Schreien und Pfeifen dauerte fort. Endlich schien dem Commandanten die lange bewiesene Geduld zu reifen, und es wurden mehrere Angriffe befohlen — Nachts 12 Uhr — und mit scharfen Waffen eingehauen. Sehr viele Verhaftungen wurden vorgenommen und zahlreiche Verwundungen sollen vorgekommen sein. Noch um 1 Uhr Nachts, wo wir dieses schreiben, ist Militär vor der Westendhalle aufgestellt.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. October. Se. Majestät der Kaiser wird mit dem Kronprinzen und in Begleitung des Grafen Grenville Samstag Abends aus Fisch hier eintreffen, und sich nach Schönbrunn begeben.

Der russische Gesandte Graf Staelberg ist gestern von Bösau nach Wien übersiedelt.

Sectionsrath Schwarz ist in Folge ministerieller Berufung aus Paris hier angekommen.

Der ehemalige Redacteur des „Wanderer“ Herr Ferdinand Ritter v. Seyfried ist vorgestern nach längerem Leiden gestorben.

Aus Pest, 10. d., wird gemeldet: Heute Vormittags 10 Uhr wurde die Generalversammlung der Pesther Comitatsrepräsentanz eröffnet. Dieselbe war so zahlreich besucht, daß der Comitatsaal zu klein wurde. Der Obergespanstellvertreter Kappay eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Rede, worauf Nyary das Wort zu einem Protest ergreift, in welchem u. A. die Hoffnung ausgesprochen wird, der Landtag werde zuerst die Comitats restituiren. Die Versammlung nimmt den Protest zur Einsicht an. Kubinyi spricht nach der Verlesung des Einberufungsschreibens für ein verantwortliches Ministerium. Es wird zur Einspeisung der Bezirke und zur Wahl des Centralausschusses geschritten. — Die Sitzung dauert fort.

## Deutschland.

Das Octoberfest in München hat diesmal einen bedauerlichen Abbruch erhalten. Bei einer Arretirung auf der Festwiese, meldet die „Bair. Ztg.“, kamen am 8. d. Abends Widerleglichkeiten vor; dem Fester, in welchem der Verhaftete fortgeführt wurde, zog ein Haufe nach, welcher dessen Freilassung verlangte und den Wagen mit Steinen bewarf. Die escortirenden Gensdarmen mußten sich schließlich gegen die stets angestrichelte andrängende Masse zur Wehre setzen, wobei ein in vorderster Reihe stehender Junge einen Hieb über das Gesicht bekam und ein Mann, wie es heißt, am Arm verlegt wurde. Der Gensdarm, der dies gethan hatte, flüchtete sich vor der tobenden Menge in die Westendhalle, wo er sich verbarg. Inzwischen war Militär herbeigekommen, welches die Massen allmählig von der Westendhalle zurückdrängte. Dennoch blieben in der Nähe, in den anstoßenden Straßen und bis auf den Carlöplaz hinaus zahlreiche Gruppen stehen, aus deren Mitte bald da bald dort Schreien und Pfeifen ertönte, später auch Steine gegen das Militär geschleudert wurden und die, wenn auseinandergeprengt, sich stets wieder sammelten und durch Nuzerige und zufällig Daherkommende fortwährend neuen Zuwachs erhielten. Erst nach 1 Uhr, nachdem etwa 60 Verhaftungen vorgenommen waren, begann die Ruhe sich wieder herzustellen.

Dem „Nürnberg. Corr.“ wird aus München, 9. d. Mts., 1 Uhr Mittags, hierüber geschrieben: Seit dem vergangenen Abend bis jetzt ist die Umgebung der Westendhalle der Schauplatz arger Unruhestörungen gewesen. Ein junger Mensch hatte auf der Festwiese durch excessives Benehmen seine Verhaftung veranlaßt. Da er Widerstand leistete, mußte der Gensdarm Gewalt anwenden. Ein Theil des Publicums nahm sofort Partei gegen den Gensdarm, und als derselbe, um größeres Aufsehen zu vermeiden, sich mit seinem Arrestanten in eine Droschke setzte, regnete es zahllose Steinwürfe auf dieselbe, so daß der Kutscher, für sich und sein Eigenthum fürchtend, sich weigerte, seine Fahrgäste weiter zu fahren. Raum hatte der Gensdarm den Wagen verlassen, als mit Stößen auf ihn geschlagen und mit Steinen geworfen wurde. Der Gensdarm machte, um sich gegen die Schläge zu vertheidigen, von seiner Waffe Gebrauch. Ein vierzehnjähriger Junge wurde verwundet, und nun stieg die Wuth der Leute aufs Höchste, und der Gensdarm, dem der Arrestant längst entkommen, mußte vor den Hunderten, die ihn verfolgten, eiligst fliehen. Er flüchtete in die Westendhalle; seine Verfolger wollten ihm nach, aber schnell genug wurden die Thore vor der Menge geschlossen, die jedoch fortgesetzt versuchte, in das Haus einzudringen. Eine schnell gerufene Patrouille von der Sendlinger Thorwache wurde mit Schreien und Pfeifen empfangen. Immer mehr schwoll die Menge an, welche drohend die Herausgabe des Gensdarmen forderte, der in Civilkleidern bereits aus dem Hause entkommen war. Eine Abtheilung Infanterie von der Hauptwache wurde nicht besser empfangen als die Patrouille; auch neu von da herbeigezogene Verstärkungen vermochten nicht, die Menge zu zerstreuen, noch boten sie genügenden Schutz gegen die bedrohlichen Angriffe auf das Haus; von allen Seiten rückte Militär heran — Gendarmen, Artillerie und Infanterie — der Stadtkommandant selbst, der Polizeidirector und der Regierungspräsident von Dberbairern hielten die Sache für wichtig genug, um persönlich zu erscheinen. Lärm, Schreien, Pfeifen, Drohungen, selbst thätliche Angriffe auf einzelne Soldaten dauerten mehrere Stunden. Die Aufforderung, den Platz zu räumen, wurde verlesen — umsonst; Reiter sprengten unter die Menge — vergeblich! Die Leute wichen pfeifend und schimpfend zurück, um im nächsten Augenblicke wieder zu

kommen und das alte Spiel zu beginnen. Da — gegen 10 Uhr — ließ der Stadtkommandant mit gefülltem Bayonnet den Platz säubern und die Sache schien endlich beigelegt zu sein, so daß das Militär gegen halb 11 Uhr abziehen konnte. Raum aber waren die Soldaten verschwunden, als die Menge neuerdings gegen die verschlossenen Thüre stürzte und um Herausgabe des Gensdarmen schrie und ein paar Gensdarmen tüchtig durchprügelte. Wieder kam das Militär, zahlreicher als zuvor. Einer Ansprache des Regierungs-Präsidenten und erneuerter Aufforderung zur Ruhe und den Platz zu verlassen, wurde nicht Folge geleistet; das Schreien und Pfeifen dauerte fort. Endlich schien dem Commandanten die lange bewiesene Geduld zu reifen, und es wurden mehrere Angriffe befohlen — Nachts 12 Uhr — und mit scharfen Waffen eingehauen. Sehr viele Verhaftungen wurden vorgenommen und zahlreiche Verwundungen sollen vorgekommen sein. Noch um 1 Uhr Nachts, wo wir dieses schreiben, ist Militär vor der Westendhalle aufgestellt.

Dem „Nürnberg. Corr.“ vom 9. d. wird aus Hamburg, den 7. d., geschrieben, daß Herr May die Redaction der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung“ wieder übernehmen „und in Gemeinschaft mit dem ihn an dem genannten Blatte seit einigen Wochen in aller Stille repräsentirenden preussischen Abgeordneten Dr. Freese der preussischen Annexionspartei in den Herzogthümern eine „unbesiegbare Gegnerschaft“ bereiten“ werde.

Der Rücktritt des Freiherrn von Roggenbach von seinem Amte wird auch von einer Correspondenz der „Frankf. Postztg.“ lediglich auf die Geneigtheit des selben zurückgeführt, mit den katholischen Kirchenbehörden in erste Unterhandlungen einzutreten und damit den inneren Frieden herzustellen.

Das „Dresd. Journal“ bestätigt, daß sich in Werdau Chelerafälle zeigen; wahrscheinlich sei die Krankheit aus Altenburg eingeschleppt worden. Vom 30. September bis zum 8. October sind gegen 30 Erkrankungen mit 7 Todesfällen vorgekommen. Die nöthigen Maßregeln gegen die Weiterverbreitung sind bereits getroffen. Leipzig und Umgebung ist dagegen bis jetzt völlig frei von Choleraanfällen.

Während der gegenwärtigen Leipziger Messe procuirt sich in einer Schaubude am Kopplaz eine Riesen-dame „Alma“. An der Schaubude befand sich ein Aus-hängeschild, welches besagte, daß die Dame „400 Pfund schwer sei und sechs Schneider aufwiege.“ Daran nahmen nun die Leipziger Schneider Anstoß und es kam an mehreren Abenden vor der fraglichen Schaubude zu Ausläufen und feindlichen Demonstrationen. Man vergriff sich an dem Bilde und zerschnitt die Aufzestücke desselben. Am 5. d. Abends kam es, obgleich das Bild schon beseitigt war, neuerlich zu einem Tumult vor der Bude, bis die Polizei einschritt und Verhaftungen vornahm.

Der „Diennik Poznański“ meldet den in der Schweiz nach mehrwöchentlicher Krankheit erfolgten Tod des bekannten Insurgentenführers Eduard Taczanowski.

## Frankreich.

Paris, 10. October. Sanicot will das Verfahren gegen seine „Gazette de France“ vor den Staatsrath bringen. Die Pariser Freimaurerloge „der Große Orient“ will eine Gegenschrist gegen die päpstliche Allocation herausgeben unter den Auspicien des 83-jährigen Bienen. — Die Errichtung eines Erzbisthums in Algier und Bisthümern in Dran und Constantine bestätigt sich. Ein Colonisationsdecret steht bevor. — Endlich glaubt man die Wahrheit über das Testament des vor kurzem verstorbenen Herzogs von Gramont-Caderousse erfahren zu haben. Der Schauspieler H. S. am Vaudeville-Theater werden 60,000 Francs vermacht mit dem Bemerken, als die Interessen eines Capitals von 12,000 Fr., welches die Erb-tochter dem Herzog einst lieb. Der Erblasser spricht sich in der bestigten Weise gegen seine Familie aus, die er beschuldigt, die erste Veranlassung zu seinem Tode zu sein, indem sie seinen Aufenthalt im Süden noch verlängern wollte. Die Familie sei auch der Grund der Aufregungen gewesen, die das Ende seines Lebens so trübsal machten. Deshalb vermache er auch sein ganzes Vermögen dem Doctor Desilat, der ihm stets wahre Freundschaft bewies und ihn treu pflegte. Es soll übrigens noch ein zweites Testament existiren, welches in vielen Bestimmungen dem ersten widerspricht und man glaubt daher auch, daß die Familie die Gültigkeit des Testaments anfechten werde.

Der heutige Abend-„Moniteur“ berichtet: Den Beschlüssen der unter dem Vorsitze der Kaiserin abgehaltenen Commission gemäß hat der Minister des Innern die Räumung des Gefängnisses von La Roquette angeordnet. Die jungen Gefangenen werden in die verschiedenen landwirthschaftlichen Colonien vertheilt.

Ein Gerücht besagt, der Herzog von Belluno, der als Secrétaire der französischen Ambassade in Rom den Abschied nahm, und zwar unter Umständen, die viel Mißthelhaftes hatten, sei ins Kloster gegangen und Mönch geworden. Der Entel des Marschalls Victor war allerdings stets ein eifriger Katholik, in dessen ist des Gerücht wohl unbegründet; denn der junge Herzog vermählte sich vor kaum Jahresfrist erst und wir haben keine Todesanzeige seiner Gemalin gefunden.

## Spanien.

Die „Madr. Ztg.“ vom 4. d. gibt Einzelheiten über die Ereignisse von Saragossa. Am 2. d. M. bildeten sich auf dem Plage San Francisco mehrere Gruppen, welche Veränderungen an dem Aecietarif verschiedener Gegenstände verlangten. Die Behörden ergriffen sogleich Vorsichtsmaßregeln, und bei Anbruch der Nacht ging die Menge auch wieder auseinander. Am 3. bildeten sich aber von Neuem Gruppen und zwar noch größere, als Tags vorher, auf den hauptsächlichsten Plätzen von Saragossa. Dieselben nahmen



Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Leopold Szumski aus Wisniowa, Franz Graf Mycielski aus Posen, Stanislaus Brandus aus Kalwaria, Kacielaus Graf Wedziski aus Polen, Ludwif Skrzypski aus Galizien.

Abgereist sind die H. Gutsb.: Johann Graf Koziebrodzki nach Michalofwa, Vincenz Wysocki nach Neusander, Anton Komorowski aus Wojanow.



3. 27053. Rundmachung. (1028. 1-3)

Zur Hintangabe der bei dem heiligen Geistespirital-Gebäude in Krakau auszuführenden Verstellungen wird die Verstellungsverhandlung bei dem wissenschaftl. technischen Departement in Krakau am 16. October 1865 vorgenommen werden.

Die Grundlage derselben bildet der adjustirte Kostenanschlag vom 9. Juli 1865 mit dem Fiskalbetrage von 715 fl. 10 kr. 8. W., dann die allgemeinen und speciellen Baubedingnisse.

Jeder Licitant hat vor Beginn der Licitation eine 10% Caution von 72 fl. 8. W. im Baaren oder in Staatspapieren nach dem börsenmäßigen Kurse zu erlegen, welche vom Ersteher zurückbehalten; den übrigen Licitanten aber nach der Licitation zurückgestellt wird.

Die Licitation beginnt um 11 Uhr Vormittags und wird mit Schlag 5 Uhr Abends abgegeschlossen werden, wonach kein weiterer Anbot angenommen werden wird.

Der diesfällige Kostenanschlag und die Bedingungen können jederzeit im wissenschaftl. technischen Departement der k. k. Statthalterei-Commission eingesehen werden.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.  
Krakau, 5. October 1865.

Obwieszczenie.

Celem wypuszczenia w przedsiębiorstwo budowy w szpitalu św. Ducha, odbędzie się w scientificzno-technicznym departamencie publiczna licytacja w dniu 16 października 1865 r.

Podstawę do takowej stanowią stwierdzony kosztorys z dnia 9 lipca 1865 w kwocie fiskalnej 715 złr. 10 kr. w. a., jakoteż ogólne i szczególne warunki budowy.

Chęć licytowania mający ma przed rozpoczęciem licytacji złożyć 10% kaucyę w kwocie 72 złr. w gotówce lub w papierach krajowych według kursu obliczonych.

Kaucya ta zatrzyma się przedsiębiorcy, który się przy licytacji utrzyma, innym zaś licytującemu po ukończeniu licytacji zwróconą zostanie.

Licytacja rozpocznie się o 11 godzinie przed południem, zawartą zaś zostanie z uderzeniem 5 godziny wieczorem, po którym czasie żaden dalszy wniosek przyjętym nie będzie.

Dotyczący kosztorys, jakoteż warunki budowy w każdym czasie w biurze departamentu budownictwa c. k. komisji namiestniczej przejrzane być mogą.

Od c. k. Komisji namiestniczej.  
Kraków, 5 października 1865.

Nr. 21531. Rundmachung. (1029. 1-3)

Zur Sicherstellung der Deckstofflieferung im Sandezer Straßenbaubezirk für die drei auf einander folgenden Jahre 1866, 1867 und 1868 wird die Offertverhandlung bei der Sandezer und Tarnower Kreisbehörde vorgenommen werden.

Das diesfällige Erfordernis pro 1866 betrifft:

1. Im Sandezer Kreisanteile:  
a) für die Karpaten-Hauptstraße 4330 Prismen mit dem Fiskalpreise von 11362 fl. 50 kr.  
b) für die Gorlice-Zimigroder-Parallelfstraße 480 Prismen mit dem Fiskalpreise pr. 1273 fl. 20 kr.  
Zusammen daher 4810 Prismen mit 12635 fl. 70 kr.
2. Im Tarnower Kreisanteile, für die Karpaten-Hauptstraße 790 Prismen mit dem Fiskalpreise von 1557 fl. 50 kr.

Die gedruckten allgemeinen und lithographirten speciellen Bedingungen können bei der Sandezer und Tarnower Kreisbehörde, dann auch bei dem Sandezer Straßenbaubezirksamte jederzeit eingesehen werden.

Unternehmungslustige werden hiemit eingeladen, ihre mit dem 10% Badium belegten Offerten für die Deckstofflieferung im Sandezer Kreisanteile längstens bis zum 31. October 1865 bei der Sandezer, und bezüglich der im Tarnower Kreisgebiete zu besorgenden Lieferung bis zum 30. October 1865 als dem festgesetzten Präclustertermine bei der Tarnower k. k. Kreisbehörde zu überreichen.

Acht Tage darnach werden die Offerten in Gegenwart der erscheinenden Offerten und zweier Zeugen vor schriftgemäß eröffnet werden, u. z. bei der Sandezer Kreisbehörde am 8., bei der Tarnower am 7. November 1865. Nachträgliche Angebote werden nicht berücksichtigt werden.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniss gebracht wird.  
Von der k. k. Statthalterei-Commission.  
Krakau, am 6. October 1865.

Nr. 23407. Rundmachung. (1030. 1-3)

Zur Sicherstellung der Deckstofflieferung im Tarnower Straßenbaubezirk auf die drei auf einander folgenden Jahre 1866, 1867 und 1868 wird die Offertverhandlung bei der Krakauer und Tarnower Kreisbehörde vorgenommen werden.

Das diesfällige Erfordernis pro 1866 betrifft:

1. Im Krakauer Kreisanteile: für die Wiener Hauptstraße 100 Prismen mit dem Fiskalpreise von 246 fl. 70 kr.
2. Im Tarnower Kreisgebiete:  
a) für die Wiener Hauptstraße 620 Prismen mit dem Fiskalpreise von 2642 fl. 30 kr.  
b) für die Tasloer Verbindungsstraße 1900 Prismen mit dem Fiskalpreise pr. 2933 fl.

Zusammen 2520 Prismen mit dem Fiskalpreise pr. 5575 fl. 30 kr.

Die gedruckten allgemeinen, und lithographirten speciellen Bedingungen können bei der Krakauer und Tarnower Kreisbehörde, wie auch bei dem Tarnower Straßenbaubezirksamte jederzeit eingesehen werden.

Unternehmungslustige werden hiemit eingeladen, ihre mit dem 10% Badium belegten Offerten für die Deckstofflieferung im Krakauer Kreisanteile längstens bis 31. October 1865 bei der Krakauer und bezüglich der Lieferung im Tarnower Kreisgebiete bis 30. October 1865

als dem festgesetzten Präclustertermine, bei der Tarnower Kreisbehörde zu überreichen.

Acht Tage nach diesem Termine werden die Offerten in Gegenwart der erscheinenden Offerten und zweier Zeugen, und zwar bei der Kreisbehörde in Krakau am 8. November 1865, und in Tarnow am 7. November 1865 vor schriftgemäß eröffnet werden. Auf nachträgliche Angebote wird keine Rücksicht genommen werden.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniss gebracht wird.  
Von der k. k. Statthalterei-Commission.  
Krakau, 5. October 1865.

Nr. 27022. Rundmachung. (1031. 1-3)

Zur Sicherstellung der Deckstofflieferung im Podgórzter Straßenbaubezirk für die drei auf einander folgenden Jahre 1866, 1867 und 1868 wird die Offertverhandlung bei der Wadowicer und Krakauer Kreisbehörde vorgenommen werden.

Das diesfällige Erfordernis betrifft:

1. Im Wadowicer Kreisanteile:  
a) für die Wiener Hauptstraße 255 Prismen mit dem Fiskalpreise von 942 fl. 75 kr.  
b) für die Krakauer Verbindungsstraße 910 Prismen mit dem Fiskalpreise von 4614 fl. 5 kr.

Zusammen daher 1165 Prismen mit dem Fiskalpreise von 5556 fl. 80 kr.

2. Im Krakauer Kreisgebiete:  
a) für die Krakauer Verbindungsstraße sammt Podgórzter und Wieliczkaer Anhangsstraße zusammen 1829 Prismen mit dem Fiskalpreise von 5939 fl. 44 1/2 kr.

b) für die Niepolonice'r Verbindungsstraße 255 Prismen mit dem Fiskalbetrage von 986 fl. 20 kr.

Zusammen 2084 Prismen pr. 6925 fl. 64 1/2 kr.

Die gedruckten allgemeinen, und lithographirten speciellen Bedingungen können sowohl bei der Wadowicer und Krakauer Kreisbehörde, als auch bei dem Podgórzter Straßenbaubezirksamte jederzeit eingesehen werden.

Unternehmungslustige werden hiemit eingeladen, ihre mit dem 10% Badium belegten Offerten für die Deckstofflieferung im Wadowicer Kreisanteile längstens bis zum 30. October 1865 bei der Wadowicer, und bezüglich der Deckstofflieferung im Krakauer Kreisgebiete bis zum 31. October 1865, als dem festgesetzten Präclustertermine, bei der Krakauer Kreisbehörde zu überreichen.

Acht Tage nach diesen Terminen werden die Offerten im Beisein der erscheinenden Offerten und zweier Zeugen vor schriftgemäß eröffnet werden u. z. in Wadowice am 7., in Krakau am 8. November 1865. Nachträgliche Angebote werden nicht berücksichtigt werden.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniss gebracht wird.  
Von der k. k. Statthalterei-Commission.  
Krakau, 7. October 1865.

3. 26743. Rundmachung. (1024. 2-3)

Zur Befehung der in Erlebigung gekommenen Directorstelle im allgemeinen Krankenhaus in Lemberg, mit welcher der Gehalt von 840 fl., dann das Quartiergehalt von 420 fl. jährlich, mit der Verbindlichkeit in der Nähe des Krankenhauses zu wohnen, verbunden ist, wird der Concurs bis 15. November d. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Dienstposten haben die Nachweisung über das erlangte Doctorat der Medicin, das Alter ihre dermalige Anstellung oder Beschäftigung, über die im Sanitätsfache insbesondere durch Verwendung in Spitälern erworbenen Verdienste, endlich über die Kenntniss der Landessprachen beizubringen.

Die Gesuche sind an die k. k. Statthalterei in Lemberg im Wege der betreffenden Kreisbehörde, in deren Bereiche die Bewerber wohnhaft sind, einzubringen.

Gesuche der Bewerber aus anderen Kronländern sind im Wege der betreffenden Statthalterei oder Landesregierung anher zu richten.

R. k. Statthalterei-Commission.  
Krakau, am 7. October 1865.

Picitations-Ankündigung. (1020. 3)

Dinstag den 17. October 1865 Vormittags 9 Uhr, werden im Hofe des Klosters PP. Dominikaner licitando veräußert, als: 6 Wagen auf eisernen Achsen, 33 Stück Räder zu eisernen Achsen, verschiedene Handwerkzeuge, Geschirrsbestände, Eisen, Kettenwerk und Leinwand-Leder.

Vom k. k. Fahrweissen-Standes-Depot Nr. 11.  
Krakau, am 9. October 1865.

Ogłoszenie licytacji.

We wtorek dnia 17 października 1865 r. o godzinie 9 zrana będą w podworcu klasztoru OO. Dominikanów w drodze licytacji sprzedane, jako to: 6 wozów na żelaznych osiach, 33 kół na żelazne osie, rozmaite rzemieślnicze narzędzia, szory, stare żelazno, łańcuchy i stara skura.

Od c. k. stanowczego depa pociagowego.  
Kraków, dnia 9 października 1865.

3. 2744. Edictal-Vorladung. (1023. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte zu Krzeszowice, Krakauer Kreises, werden nachbenannte unbefugte abwesende Mitläuferpflichtige aufgefordert, binnen 4 Wochen vom Tage der dritten Einschaltung dieser Vorladung in der Krakauer Zeitung in ihre Heimat zurückzukehren, und ihre Abwesenheit zu rechtfertigen, als sonst gegen dieselben nach dem Auswanderungspatente vom 24. März 1832 verfahren werden müßte: Krupski Józef aus Zielków geboren im Jahre 1842 Haus-Nr. 2, Mistek Anton aus Zielków geboren im J. 1840 G.-Nr. 18.

Vom k. k. Bezirksamte.  
Krzeszowice, am 5. October 1865.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Monat	Barom.-Höhe auf 0° Reaum. red.	Temperat. nach Reaum.	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung der Wärme im Laufe des Tages von   bis
11	2	326 <sup>6</sup> 33	+7 <sup>0</sup>	90	West-Hill	trüb		+6 <sup>0</sup>   +7 <sup>2</sup>
10		26 96	6,0	97	St-Nord-Ost		Regen	
12	6	27 21	6,0	100	"	"		

L 18791. Edykt. (1014. 3)

Ces. królewski Sąd Krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. J. L. Tillesa, że przeciw niemu Salomon F. Lauer wniosł na dniu 23 września 1865 do L. 18555 pozew o zapłacenie sumy wekslowej 200 złr. w. a. z przynależnościami, i że w załatwieniu tegoż pozwu na dniu 26 września 1865 do L. 18555 nakaz zapłaty wydany został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego wiadomem nie jest, przeto c. k. Sąd Krajowy w celu zastępowania pozwanego, jak również na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego adw. p. Dra. Geisslera kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém ces. król. Sądowi Krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.  
Kraków, dnia 30 września 1865.

L. 18792. Edykt. (1015. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. J. L. Tillesa, że przeciw niemu Jakób Landau wniosł na dniu 23 września 1865 pod L. 18552 pozew o zapłacenie sumy wekslowej 200 Rubli srebr. z przynależnościami, i że w załatwieniu tegoż pozwu na dniu 26 września 1865 do L. 18552 nakaz zapłaty wydany został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego wiadomem nie jest, przeto c. k. Sąd Krajowy w celu zastępowania pozwanego, jak również na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Geisslera kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi Krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.  
Kraków, dnia 30 września 1865.

Nr. 36267. Rundmachung. (1025. 2-3)

Aus der Hersch-Barach'schen Stiftung ist ein Stipendium jährl. 150 fl. 8. W. an einen armen jüdischen Studenten zu verleihen.

Unter den Bewerbern haben jene, welche mit dem Stifter verwandt oder aus Galizien gebürtig sind, den Vorzug. Die Bewerber um dieses Stipendium haben nebst dem Geburtsort und dem Dürftigkeitszeugnisse auch die Studienzeugnisse der beiden letzten Semester beizubringen und wenn sie die Vetheilung aus dem Titel der Verwandtschaft mit dem Stifter ansprechen, dieselbe in aufsteigender Linie bis zu dem Stifter Hersch Barach, resp. dem Vater desselben Chaim Barach mittels eines mit den Original-Geburts- und Trauhscheinen belegten Stammbaume nachzuweisen.

Die jenach belegten Gesuche sind bis Ende November 1865 bei der k. k. Statthalterei in Wien zu überreichen.  
Von der k. k. n. d. Statthalterei.  
Wien, am 22. September 1865

L. 14452. Obwieszczenie. (1027. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski z miejsca pobytu niewiadomym p. Ludwice Henryce Auguste hr. Stollberg, Maryi Agnieszce hr. Stollberg, Ludwice hr. Stollberg, Alfredowi hr. Stollberg, Matyldzie hr. Stollberg, Elżbiecie hr. Stollberg, Mikołajowi hr. Lukner, Konstancji urodzonej hr. Lukner zamężnej Buchwald, Helenie hr. Lukner i Karolowi hr. Lukner, niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż przeciw nim p. Eufemia Wislocka z domu Osuchowska o wyekstabulowanie sumy 1000 złr. m. k. z przyn. pochodzącej z większej sumy 5000 złr. m. k. w stanie biernym realności w Tarnowie na Strusinie pod nr. k. 7 i 30 położonej skargę wniosła i o pomoc sądową prosiła, wskutek czego termin na 14 grudnia 1865 wyznaczony został.

Ponieważ pobyt zapozwanych nie jest wiadomym, przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych tutejszego adw. Dra. Hoborskiego, a na zastępcę p. Dra. Jarockiego na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomnia się zapozwanym, ażeby w przynależnym czasie albo sami osobiście stanęli, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielił, lub też innego obrońcę obrali i tutejszemu Sądowi oznajmili, ogólnie do bronięcia prawem przepisane środki użył, inaczej z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisaćby musieli.  
Z Rady c. k. Sądu obwodowego.  
Tarnów, dnia 21 września 1865.

Nr. 13873. Edict. (1026. 2-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird dem, dem Wohnorte nach unbekannten Johann Dembiński mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn Schafa Meth wegen Zahlung der Wechselsumme pr. 60 fl.

5. W. f. N. G. bereits den ersten und zweiten Executiongrad erwirkt, worüber das Commission's-Protocoll aufgenommen wurde, und der Bescheid unterm 11. Mai 1865 3. 6371 erlassen ist.

Da der Aufenthaltsort des Executen unbekannt ist, so hat das Tarnower k. k. Kreisgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Landesadvocaten Herrn Dr. Hoborski mit Substituierung des hiesigen Landesadvocaten Dr. Serda als Curator bestellt, welchem die weiteren Bescheide zugestellt werden.

Durch dieses Edict wird demnach der Execut erinnert, die zur Bertheidigung dienteichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabfäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.  
Tarnow, am 25. September 1865.

Wiener Börse-Bericht

vom 10. October.

Öffentliche Schuld.		Gold	Baare
A. 4% Staats.			
zu 100 fl. zu 5% für 100 fl.		61.50	1.70
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.			
mit Zinsen vom Jänner — Juli		69.80	70.—
von April — October		69.60	69.80
Metalliques zu 5% für 100 fl.		65.75	66.—
ditto " 4 1/2% für 100 fl.		57.75	58.25
mit Verleijung v. J. 1839 für 100 fl.		137.—	137.10
" 1854 für 100 fl.		80.50	81.—
" 1860 für 100 fl.		91.—	91.20
Prämien-scheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.		75.—	75.10
zu 50 fl.		—	—
Somo-Renten-scheine zu 42 L. austr.		18.—	18.25

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen			
von Nieder-Ost. zu 5% für 100 fl.		82.—	83.—
von Währen zu 5% für 100 fl.		—	80.—
von Schleien zu 5% für 100 fl.		88.50	89.50
von Steiermark zu 5% für 100 fl.		85.—	85.50
von Tirol zu 5% für 100 fl.		—	—
von Kärnt. Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.		88.50	82.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.		71.—	71.50
von Temseher Banat zu 5% für 100 fl.		69.75	70.25
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.		72.—	73.—
von Galizien zu 5% für 100 fl.		70.—	70.50
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.		66.50	67.—
von Bukowina zu 5% für 100 fl.		68.—	68.50

Actien (pr. St.)

der Nationalbank	771.—	773.—
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öfr. W.	168.—	169.—
der Niederöst. Escompte-Gesells. zu 500 fl. 8. W.	580.—	582.—
der Kaiserl. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. 8. W.	1632.—	1634.—
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. 8. W.	172.20	172.40
der vereinigte südöst. lomb. ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öfr. W. oder 500 fr.	185.—	186.—
der Kaiserl. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. 8. W.	125.—	126.—
der galiz. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. 8. W.	188.—	188.50
der Lemberg-Gernowitzer Eisen-Ges. zu 200 fl. 8. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 35% Einz.	76.—	78.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. 8. W.	163.50	164.—
der Süd-nord. Verbind.-B. zu 200 fl. 8. W.	113.—	113.50
der Rheinb. zu 200 fl. 8. W. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 500 fl. 8. W.	448.—	450.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. 8. W.	221.—	222.—
der Wiener Dampfmihl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öfr. W.	380.—	382.—
der Olen-Weißer Kettenbrücke zu 500 fl. 8. W.	370.—	375.—

Fandbriefe

der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl.	104.—	104.50
auf 8. W. (verlosbar zu 5% für 100 fl.)	93.—	93.40
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	88.65	88.85
Galiz. Credit-Anstalt öfr. W. zu 4% für 100 fl.	67.—	67.75

Gosse

der Credit-Anstalt zu 100 fl. öfr. W.	117.—	117.50
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft zu 100 fl. 8. W.	77.50	78.50
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. 8. W.	108.—	109.—
zu 50 fl. 8. W.	48.50	49.—
Stadtgemeinde Oden zu 40 fl. öfr. W.	22.—	23.—
Gstehay zu 40 fl. 8. W.	70.—	72.—
Salm zu 40 fl.	26.—	27.—
Salz zu 40 fl.	22.—	23.—
Clary zu 40 fl.	22.—	23.—
St. Geneis zu 40 fl.	22.—	22.50
Widbichgrätz zu 20 fl.	16.—	17.—
Waldstein zu 20 fl.	18.—	17.—
Reglevis zu 10 fl.	12.—	12.50
R. k. Hof-Hospital zu 10 fl. österr. Währ.	11.50	11.75

Wechsel. 3 Monate.

Bank (Platz) Sconto			
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 5%		91.50	91.60
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddent. Währ. 5%		91.50	91.60
Bamberg, für 100 fl. W. 6%		81.50	81.60
London, für 10 Pf. Sterl. 7%		109.25	109.25
Paris, für 100 Francs 5%		43.45	43.50

Cours der Geldsorten.

Durchschnitts-Cours		Legter Cours	
fl. fr. d. fr.		fl. fr. d. fr.	
Kaiserliche Münz-Dukaten	—	5 22	5 23
volw. Dukaten	—	5 22	5 23
Krone	—	—	—
20 Francs-Stück	—	8 79	8 81
Russische Imperiale	—	9	9 02
Silber	109 40	—	109 50

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

Abgang			
von Krakau nach Wien 7 u. 10 Uhr. Früh, 3 u. 30 Uhr. Nachm.;			